

VORAN

MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SPD, JUSO UND GEWERKSCHAFT

Sonderausgabe 29. September 1982

Preis: 20 Pfg - Solidaritätspreis 50 Pfg

Kalter Machtwechsel in Bonn

KAPITAL PLANT VERSCHÄRFTE SOZIALABBBAU

SPD und DGB müssen Widerstand leisten!



Das Kapital setzt auf Kohl und Genscher.

NEUWAHLEN JETZT!

So einfach geht das: Im Herbst 1980 noch versprach der schlitzohrige Genscher, daß eine Stimme für die FDP auch eine Stimme "gegen Strauß" sei. Im Herbst 1982 verhandelt er dann mit Kohl und Strauß über die Regierungsbildung und den sozialen Kahlschlag.

Der Wähler hat 1980 Strauß und seinem Programm eine Absage erteilt. Jetzt formuliert es Lambsdorff noch schärfer als Strauß; so bringt der kalte Machtwechsel die reaktionären Strauß-Kumpane an die Regierung. Das ganze nennt sich parlamentarische Demokratie. Eine Demokratie übrigens, in der während der ganzen Nachkriegszeit noch nie eine Regierung als direktes Ergebnis einer Wahl ans Ruder kam. Im Bund wie in den Ländern kamen Regierungswechsel immer nur durch Koalitionsvereinbarungen oder -wechsel zustande (einzige Ausnahme: der Wechsel von der SPD- zur CSU-Regierung in Bayern 1958).

Drei Viertel der Bevölkerung wollen Neuwahlen. Aber Genscher und Co. wollen Ministerposten und Abgeordnetensitze (beides könnten sie bei Neuwahlen verlieren!). Kohl sieht offensichtlich in einem kalten Machtwechsel für sich die einzige und letzte Chance, um als unangefochtener Unionskandidat Kanzler zu werden. Der Ehrgeiz einiger bürgerlicher Politiker hat Vorrang vor dem Wählerwillen.

Wir fordern: Sofortige Neuwahlen zum Bundestag!



Die Reichen sollen noch reicher werden. Arbeiter, Angestellte, sozial Schwache überhaupt sollen auf den sowieso nicht üppigen Lebensstandard verzichten. Die in den letzten 30 Jahren erkämpften Sozialreformen stehen auf dem Spiel. Der Sozialabbau der letzten Jahre war für das Kapital nur der Anfang. Jetzt geht es ans Eingemachte.

Nach dem Auseinanderbrechen der Bonner SPD-FDP-Koalition konnten die Unternehmer, Bankiers und Spekulanten aufatmen. Die Aussicht auf eine lupenreine bürgerliche Regierung Kohl/Genscher ließ die Aktienkurse an der Börse sofort hochschnellen. Selbst "gemäßigte" sozialdemokratische Minister sind jetzt nicht mehr gefragt. Das Kapital braucht eine Regierung, die ohne die geringste Rücksicht auf die Arbeiter und die Gewerkschaften die Profite der Unter-

nehmer aufbessert.

Die FDP-Minister waren schon in der "sozialliberalen" Koalition die Wachhunde des Kapitals. Lambsdorff hat stets aufgepaßt, daß die sozialdemokratischen Minister ja nicht den Reichen und Mächtigen auf die Füße treten. Nicht umsonst ist der Graf Schatzmeister der FDP: denn ohne üppige Geldspenden hätte die kleine Partei des großen Kapitals sowieso nicht überleben können.

Das Lambsdorff-Papier spricht offen aus, was wir von einer neuen Kohlregierung unter anderem zu erwarten haben.

- Geschenke und Entlastungen für die Unternehmer
- Erleichterungen von Mieterhöhungen, Lockerung des Kündigungsschutzes, weniger Wohngeld
- Weniger Sozialhilfe und Arbeitslosengeld

- Höhere Eigenbeteiligung bei Arzneimitteln und Arztbesuchen
- Streichung des Schüler-BAFÖG und Studenten-BAFÖG nur noch auf Darlehensbasis.

In den Führungszirkeln des Kapitals wird noch mehr gefordert: Karenztage in der Lohnfortzahlung, Aussetzung der Lohnerrhöhung in der nächsten Tarifrunde und Lohnsenkung in kaputtgewirtschafteten Betrieben.

Doch zuerst sollen natürlich diejenigen an die Reihe kommen, die in dieser kapitalistischen Gesellschaft doch nur "überflüssiger Ballast" sind und nicht genug organisiert sind, um sich zu wehren: Alte, Kranke, Arbeitslose, Jugendliche.

Die neue schwarze Regierung wird aber auch - nach dem Vorbild von Reagan und Thatcher - versuchen, gewerkschaftliche Rechte abzuschaffen. Dazu kommt eine verstärkte Aufrüstung und ein noch rücksichtsloserer Bau von Atomkraftwerken.

Die Kohlregierung ist für uns untragbar. Sie ist eine Herausforderung an die Arbeiter und Jugendlichen. Die organisierte Arbeiterbewegung ist die einzige Kraft, die diese Regierung zu Fall bringen kann. SPD und DGB müssen entschlossen Widerstand leisten - ohne Zögern, ohne Wenn und Aber! Die für Ende Oktober geplanten DGB-Kundgebungen gegen die Sparpolitik müssen dazu ein erster und ein-drucksvoller Auftakt sein.

Hessenwahl

CDU GESTOPPT - FDP AM ENDE

Das hessische Wahlergebnis ist vor allem eine Absage an die FDP, an ihre taktischen Zick-Zacks und an eine Sparpolitik à la Lambsdorff. Der allgemein erwartete Rechtsruck hat in Hessen nicht stattgefunden.

CDU-Chef Dregger, der sich schon als absoluter Sieger sah und in den letzten Wahlkampfzügen bereits den "Staatsmann" spielte, mußte abdanken.

Mit besonderer Genugtuung erfüllt es sicher viele Jugendliche und Arbeiter, daß sich die FDP offensichtlich zwischen alle Stühle setzte. Frühere "Leihwähler" aus dem Lager der SPD fühlten sich hintergangen und wählten wieder SPD. Rechtsliberale stimmten angesichts der geplanten Rechts-Wende dann doch gleich für die "echten" Rechten. Die Grünen haben als Pro-

testbewegung den Sprung in den Landtag geschafft. Sie verdanken ihre Stärke vor allem der Tatsache, daß sie von der SPD viele Protestwähler abziehen konnten, die ihre Interessen dort nicht mehr vertreten sahen. Die Bonner Ereignisse haben auch ihr Wahlergebnis beeinträchtigt: viele weitere schwankende Wähler hätten vielleicht bei dieser Wahl aus Protest grün gewählt - wenn es nicht plötzlich um mehr gegangen wäre. Nicht mehr der Denkmittel an die Adresse der SPD stand dann bei vielen im Vordergrund, sondern die Abwehr einer Rechts-Wende und der Protest gegen den geplanten kalten Regierungswechsel in Bonn. Außerdem hatte die SPD in den letzten Tagen noch einen verhältnismäßig offensiven Wahlkampf geführt. Zum ersten Mal

seit Jahren wurde auch gegen die FDP gekämpft. Das Ergebnis zeigt, was dann alles möglich ist. In den wenigen Tagen vor der Wahl konnte die SPD einen guten Teil schon verloren geglaubter Wähler für sich mobilisieren.

Allerdings steht auch fest: Wiederaufbereitungsanlage, Startbahn-West, Ausbau des Atomkraftwerks Biblis, rüde Beschimpfungen der Grünen und dazu vor allem die Sparpolitik in Bonn zu Lasten der Arbeiter und sozial Schwachen - das alles hatte in den Wochen davor zu einem deutlichen Absinken der SPD auf rund 30% in allen Umfragen geführt. Holger Börner hat darum keinen Grund, den Wahlerfolg in Hessen als Bestätigung für seine rechte Politik anzusehen. Es waren die jüngsten Ereignisse in Bonn, die der SPD wieder Auf-

Partei	Prozent	Sitze
CDU	45,6	52
SPD	42,8	49
FDP	3,1	-
Grüne	8,0	9

trieb gegeben haben. Wenn wirklich Börners und Schmidts Politik so zugkräftig wäre - warum hat sie dann bei der hessischen Kommunalwahl 1981 oder bei der Hamburger Bürgerschaftswahl im Juni 1982 nicht gezogen?

Wer für Sparpolitik und Durchpeitschen von Großprojekten war, der hat CDU und FDP gewählt. Doch die große Mehrheit lehnt diese Politik ab.

Dies muß die SPD auch als Auftrag auffassen.



13 Jahre SPD-FDP-Regierung:

EINIGE REFORMEN - ABER DIE REICHEN SIND REICHER GEWORDEN

Es ist noch gar nicht lange her, da haben führende FDP-Politiker und auch SPD-Genossen die "sozialliberale" Koalition als ein Jahrhundertwerk angesehen, als das historische Bündnis zwischen Arbeitern und Bürgern.

Nach Antritt der Regierung Brandt/Scheel hofften Millionen Arbeiter und Jugendliche, daß endlich die längst erwarteten Reformen kommen. Bodenreform, Bildungsreform, mehr Rechte im Betrieb, mehr sozialen Wohnungsbau, klassenloses Krankenhaus, Ausbau der sozialen Sicherung, Steuerreform zum Nutzen des "kleinen Mannes", Vollbeschäftigung, wirksamer Umweltschutz - dies waren damals unsere Hoffnungen.

Am Anfang hat es dann tatsächlich einige kleinere Verbesserungen gegeben: Mieterschutz, Ausbildungsförderung, Betriebsverfassungsgesetz, mehr Kindergeld, Vorsorgeuntersuch-

ungen. Nicht zu vergessen auch die Senkung des Volljährigkeitsalters, Reform des Scheidungsrechts und § 218, schärfere Umweltgesetze.

Doch die großen Veränderungen sind ausgeblieben. Die Bodenspekulation geht weiter, die Wohnungsnot nimmt zu, die Bildungschancen für Arbeiterkinder werden wieder schlechter. Keine Rede von einer Umverteilung des Volksvermögens. Zur sozialliberalen Bilanz gehören auch Berufsverbote im Rahmen des Radikalenerlasses und die Einschränkung demokratischer Rechte im Rahmen der Anti-Terror-Gesetze.

Hier einige konkrete Beispiele für soziale Fortschritte und auch Rückschritte in den letzten 13 Jahren:

- Besserer Kündigungsschutz für Mieter
- Einführung der flexiblen Altersgrenze

- Öffnung der Rentenversicherung für Selbständige, mithelfende Familienangehörige und Hausfrauen;
- Öffnung der Krankenversicherung für nicht Versicherungspflichtige
- Mutterschaftsurlaub für Berufstätige und 6 Monate lang 750,- DM Mutterschaftsgeld.

In manchen Fällen erfolgte auf einen Schritt nach vorne sehr schnell einer nach hinten:

- 1971 wurde die Ausbildungsförderung für Studenten (BAFöG) bundeseinheitlich geregelt; aber schon 1974 wurde ein Darlehensanteil eingeführt; seither ist die Ausbildungsförderung real gesunken.
- Das Kindergeld wurde zuletzt am 1.2.1982 erhöht. Wenig später jedoch wurde eine Kürzung des Kindergeldes für das zweite und dritte Kind beschlossen.

- Sofort nach Antritt der Regierung 1969 wurde der von der Großen Koalition eingeführte Krankenversicherungsbeitrag der Rentner abgeschafft; im Rahmen der Haushaltsbeschlüsse hat die Regierung jetzt erneut einen Beitrag der Rentner zu ihrer Krankenversicherung ab 1983 angekündigt.

Gleichzeitig wurden auch in regelmäßigen Abständen gerade die Steuern und Abgaben erhöht, die den "kleinen Mann" besonders hart treffen:

- Mehrwertsteuer von anfangs 11% auf 14% (ab 1.7.83)
- Tabak-, Branntwein- und Sektsteuer
- Mineralölsteuer
- Der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung ist seit 1972 von 1,3% auf 4,5% (Operation '83) angestiegen.

Seit 1975 sind gezielte Maßnahmen zur Stützung der Unternehmerprofite getroffen worden, so z.B.:

- 1977 die Senkung der Vermögenssteuer von 1% auf 0,7%
- Wiederholte Investitionszulagen von 7,5% oder 10%
- Steuergeschenke wie z.B. 1977 in Höhe von 1,2 Mrd. DM an Flick.

Solange die kapitalistische Wirtschaft sich noch halbwegs im Aufschwung befand, waren kleine Reformen und Verbesserungen im Lebensstandard noch möglich; selbst unter CDU-geführten Bundesregierungen. Aber damit ist es jetzt vorbei. 1975 stieg die Arbeitslosigkeit wieder über die Millionen-grenze.

"Über die Jahre hinaus wird es keine Reformen mehr geben können", sagte der damalige Finanzminister Hans Apel schon im November 1974. So war es auch. Und spätestens 1980 gibt es nicht mehr nur "keine Reformen mehr", sondern werden alle Reformen allmählich wieder abgebaut. ■

Nach dem Bruch mit der FDP:

JETZT MIT DEM KAPITAL BRECHEN!

Nach dem Bruch der Koalition haben die meisten SPD-Mitglieder erleichtert aufgetatet. Die FDP als kleine Partei des großen Kapitals war nie ein Freund der Arbeiter. Sie hat in den letzten 13 Jahren die Regierungspolitik entscheidend bestimmt.

Daß sich unsere Parteiführung jetzt endlich von der FDP abgesetzt hat, brachte der Partei in Hessen jetzt auch prompt viele Stimmen. Warum aber kommen unsere führenden Genossen erst jetzt darauf, daß auf Genscher und Lamsdorff kein Verlaß ist? Hat der Graf nicht schon 1980 mit seinem Gerede über die angeblich faulen deutschen Arbeiter gezeigt, auf welcher Seite er steht?

- Als die FDP 1980 aus dem nordrhein-westfälischen Landtag rausflog und die SPD die absolute Mehrheit bekam, wollte Johannes Rau trotzdem der FDP weiterhin Minister-Sessel einräumen.

- Auf dem Essener SPD-Parteitag im Juni 1980 wollten die

Genossen von der Antragskommission von vorneherein nichts ins SPD-Wahlprogramm hineinnehmen, was der FDP nicht passen könnte.

- Dementsprechend wurde von der Parteiführung im Wahlkampf mit keinem Wort gesagt, wo die Unterschiede zwischen SPD und FDP liegen. Sie verzichtete darauf, um eine absolute Mehrheit zu kämpfen.

- Noch im März 1982 hat ausge-rechnet der "Linke" Wolfgang Roth für die SPD-Fraktion im Bundestag eine Vertrauens- und Loyalitätserklärung für Lamsdorff abgegeben, als dieser in die Spendenaffäre verwickelt wurde.

Die Anpassung an die FDP hat sich nicht bezahlt gemacht. Sie hat - bis zum 17. September - zu verheerenden Wahlniederlagen der SPD bei Landtags- und Kommunalwahlen geführt. Und kaum tritt Helmut Schmidt unabhängig auf und kämpft gegen die FDP, schon bekommt

die Partei wieder Zulauf. In den letzten Tagen sind Tausende von Jugendlichen und Arbeitern der Partei beigetreten!

Ziehen wir aus all dem die Konsequenzen und fordern wir, daß sich die SPD nie wieder auf eine Koalition mit bürgerlichen Parteien einläßt. Verlassen wir uns auch nicht auf ein paar freischwebende "links"-liberale Abgeordnete, die zwar gegen Lamsdorff, nicht aber gegen die bisherige Sparpolitik sind. Die Linksliberalen vertreten nur sich selbst; hinter ihnen steht keine soziale Kraft (wie etwa die Gewerkschaften). Deshalb werden sie die jetzige Kraftprobe auch nicht für sich entscheiden können, sondern sich früher oder später dem neuen Kurs anpassen. Einige springen vielleicht ab oder kommen zur SPD. Keinesfalls stellen die Linksliberalen jedoch einen möglichen künftigen Koalitionspartner dar. Die SPD-Führung sollte endlich aufhören, mit solchen Koalitions-Ideen zu liebäugeln. Sie sollte vielmehr darum kämpfen, in Zukunft mit absoluter Mehrheit alleine zu regieren.

Doch dazu ist es nötig, daß die Parteiführung offen eingesteht, daß der bisherige Sozialabbau auch unter Mitwirkung der SPD ein schwerer Fehler war. Sonst kann man nicht glaubwürdig gegen die Schwarzen zu Felde ziehen.

Der Wähler muß im kommenden Wahlkampf endlich wieder klare Alternativen erkennen: Hier CDU/CSU/FDP mit einem Programm der sozialen Demontage.

Dort die SPD mit einem Programm grundlegender Reformen, die einen Bruch mit dem Kapitalismus bedeuten.

Bei einem klaren, konsequenten Auftreten für die Interessen der Arbeiter und Jugendlichen ist es auch möglich, die FDP aus dem Bundestag zu werfen und die Mehrheit für eine Alleinregierung zu erringen.

Es liegt jetzt an der SPD-Linken, einen solchen Kurswechsel in der Partei durchzudrücken und die Mehrheit der Mitglieder und Anhänger für ein sozialistisches Programm zu gewinnen:

- * Arbeit für alle! Für 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!
- * Ein garantiertes Mindesteinkommen von 1.400,- DM netto für alle Erwachsenen.
- * Ausreichenden und billigen Wohnraum für alle! Jährlich müssen 1 Mio. Wohnungen gebaut werden.
- * Verteidigung und Ausbau des Sozialstaates auf Kosten der Unternehmer.

Und wenn die Unternehmer und ihre politischen Vertreter uns dies verweigern wollen, dann kann die Antwort nur lauten:

- * Entmachtung und Enteignung des Großkapitals!
- * Überführung der 200 größten Monopole, der Schlüsselindustrien, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum!
- * Demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung über die Fabriken, die Produktion, die Gesellschaft und den Staat. ■

STÄRKT DIE MARXISTEN IN DER SPD!

Als VORAN im Dezember 1973 erstmals in bescheidenem Format erschien, wollte fast keiner unsere Warnung ernstnehmen:

"...1974...oder spätestens 1975 findet ein schwerer wirtschaftlicher Rückgang statt, der alle in Angriff genommenen Reformen unmöglich zu machen droht..."

Jetzt steht die Arbeiterbewegung am Scheideweg: Entweder beschert uns der Kapitalismus mit Massenarbeitslosigkeit, Armut, einer kaputten Umwelt und letztlich einem atomaren Weltkrieg - oder wir stürzen ihn und bauen eine sozialistische Demokratie auf.

Kennst Du VORAN noch nicht? Dann setze Dich schnell mit uns in Verbindung. Fordere weitere Informationen an, aboniere VORAN und lade einen Redakteur von uns zur Diskussion mit Dir und Deinen Kollegen, Genossen und Freunden ein.

ABONNIERT VORAN

ICH MÖCHTE VORAN ABONNIEREN...

und habe 7.- DM auf das Postscheckkonto H.G. Öfinger, PschA Essen, Nr.17020-433 überwiesen. Lieferung ab Nr.60 erfolgt nach Zahlungseingang.

Name:

Adresse:

VORAN, Hammesberger Str.75, 563 Remscheid

IMPRESSUM VORAN

Überregionale marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften
Redaktionsanschrift:
VORAN
Hammesberger Str. 75
5630 Remscheid
Telefon: 02191/81264
Verantwortlicher Redakteur:
Hans-Gerd Öfinger
Druck: Gegendruck, Essen